

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Behr, Verh. Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringelohn mit den wöchentlichen Beilagen  
nach der Arbeit und "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Ergänzung 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schiffverlag: Weinbergpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsst.: Weinbergpl. 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707,  
Verlagszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 Pf., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
suche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverträge 10 Pf.

Nr. 18

Dresden, Freitag den 22. Januar 1926

37. Jahrg.

## Rechtsauschuß und Abfindung

Bayern vertweigert die Austunft

## Der Weg nach Europa

SPD. Die Donnerstag-Debatte des Rechtsaus-  
schusses stand im Zeichen der Fürstenbesteuerung  
und des Versuchs der bayerischen Regierung,  
das reichsgerichtliche Abfindungsgesetz nach Möglichkeit zu sabo-  
tieren. Die Steuerfreiheit der deutschen Fürstentümer ist  
seit dem 1. April 1918 ein unstrittenes und bisher nicht ein-  
seitig geregeltes vermögensrechtliches Gebiet. Während  
der preussische Regierungsvorläufer erklärte, daß dem  
ehemaligen preussischen Königshaus keine Steuer-  
freiheit gewährt worden ist, geht aus der Debatte hervor,  
daß v. B. der Großherzog von Oldenburg Steuer-  
freiheit verlangt habe und deswegen im Rechtsaus-  
schuß die Reichsregierung um Auskunft über die  
Steuerverhältnisse der ehemaligen Bundesfürsten er-  
sucht wird.

Der Antrag wurde angenommen. Die vor dem Rechtsaus-  
schuß erschienenen Regierungsvorläufer hatten übrigens einen  
bedeuten Tag und ergingen sich nach Möglichkeit in veracht-  
lichen Bemerkungen gegen das Parlament. So verwei-  
erte ein Regierungsvorläufer die Auskunft über die Ver-  
weigerung des Fürsten, weil auch diese Staatsbürger und durch  
die Steuergeheimnis gedeckt seien. Zu den größten Ungezogen-  
heiten gegen den Reichstagsausschuß betrafen sich jedoch  
die bayerischen Regierungsvorläufer. Als v. B. die Ver-  
weigerung des Fürsten von 100 Millionen Goldmark über-  
nommen habe, erklärte der Regierungsvorläufer, der Staat habe  
nicht ja die Schulden und Waisen behalten. Als Genosse  
erwiderte nun darauf hinweisend, daß diese Waisen erhebliche  
Hilfszuschüsse erforderten und daß deren Beschlagnahme  
mit etwaiger Verschönerung durch das bayerische Königshaus ja  
wohl praktisch unmöglich gewesen wäre, erklärten die Regie-  
rungsvorläufer, die bayerische Fürstenabfindung ange-  
hend sei gar nicht verpflichtet, über innerbayerische Fragen

überhaupt eine Auskunft zu geben. Die Einreichung des Ab-  
findungsvertrages mit dem bayerischen Fürstentum an den  
Reichstag wurde deshalb auch unterlassen. Darauf erklärte  
Genosse Landsberg, daß jegliche Reichsbesetzung und  
die Beratung von verfassungswidrigen Gesetzen zur Unmög-  
lichkeit werde, wenn alle Regierungen sich der bayerischen Ob-  
struktionmethode bedienten. Als Genosse Rosenfeld den  
bayerischen Regierungsvorläufer dreimal über die "Aufwer-  
tung" der Rentenansprüche der Witwe des ehemaligen baye-  
rischen Ministerpräsidenten Eisner interpellierte, erhielt er  
überhaupt keine Antwort.

### Die pensionierten Feinde der Republik

D. Berlin, 22. Januar. (Sig. Funkpruch.) Der Reichstag hat  
am 15. Dezember einen Antrag der sozialdemokrati-  
schen Fraktion angenommen, in dem die Reichsregierung er-  
sucht wird, dem Reichstag alsbald eine erschöpfende amtliche  
Berichterstattung über die zur Zeit laufenden Pensionen sämtlicher  
Reichsminister, Reichsminister, Staatssekretäre und Generale o. d.  
vorzulegen. Diese Entschließung des Reichstags, die sogar mit Zu-  
stimmung der Nationalverbände der Reichsminister und  
Reichsminister der Reichsminister der Reichsminister  
herbeigeführt. In einer Eingabe sagt er:  
Durch diesen Antrag werden die in 35. bis 40-jähriger  
Tätigkeit vor dem Reichstag als Offiziere oder als Beamten  
in Zusammenhang gebracht mit den Pensionen der nur kurze  
Zeit im Amt befindlich gemessenen parlamentarischen Minister  
oder politischen Staatssekretäre. Gegen diese Gleichstellung sämt-  
lich verschiedenartiger Pensionen ist der Nationalverband  
Deutscher Offiziere mit allem Nachdruck vermahnt.  
Da der sozialdemokratische Antrag sich in keiner Weise darauf  
beschränkt, nur die Pensionen der Reichsminister und der  
Reichsminister der Reichsminister zu erfassen, so ist der  
sozialistische Einwand der Herren Generale durchaus unmöglich.  
Diesem Einwand kann man eben nicht das innere Motiv ver-  
schleiern, von dem der Nationalverband Deutscher Offiziere sich bei  
seinem Protest leiten läßt. Das ist nämlich die Furcht, daß die  
Aufgabe der Kampf gegen die Republik ist, allmählich freudig  
von der Republik ihre hohen Pensionen einstreichen.

ku. Zur Bewertung seines von uns ausführlich gewür-  
digten Buches "Die weltpolitische Zukunft Deutschlands" be-  
merkt Paul Göhre, er habe das Manuskript schon seit Jahren  
vollendet liegen gehabt, mit der Buchveröffentlichung aber  
gezwartet, bis die im Buch behandelte paneuropäische Frage  
einigermaßen diskussionsreif geworden wäre. Paul Göhre  
hatte, als er sein Buch nun im vergangenen Sommer der  
Öffentlichkeit übergab, dessen kommende Aktualität ganz  
richtig erfasst. Tatsächlich wird die paneuropäische Frage jetzt  
etwa einen Jahre sehr lebhaft und allgemein diskutiert, ein  
Umfeld, den man nicht allein auf die Locarno-Konferenz  
zurückführen kann, noch auf die agitatorische und propa-  
gandistische Tätigkeit des Grafen Coudenhove-Kalergi. Die Kon-  
ferenz von Locarno war dafür zu sehr ein unmittelbarer Akt  
der Politik, und das Wirken des Grafen Coudenhove-Kalergi  
ist dafür zu sehr das geistige Wirken eines einzelnen Men-  
schen, das ohne Erfolg wäre, würde nicht eben die Zeit das  
Problem diskussionsreif gemacht. Nun soll man sich aber bei aller  
Freude über die laut werdenden Stimmen nicht täuschen.  
Jedes Bekenntnis zu Pan-Europa, oder weniger absolut aus-  
gedrückt, zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, erfüllt  
seiner mehr oder minder großen Wert durch das Maß der  
reellen Macht, mit dem der Bekennende für die Verwirklichung  
seiner Idee einzutreten vermag, oder durch das Maß geistiger  
Tatkraft und intellektueller Kraft, mit dem er dem  
Problem gegenübersteht. Das heißt nun nicht, daß die  
höhen können Bekenntnisse bekannter und unbekannter Ver-  
treter der Kunst und Wissenschaft nutzlos wären. Wir wissen,  
welche Bedeutung eine humanistische Atmosphäre für den  
Stieg der Idee hat, wissen, daß es im vergangenen Jahr-  
hundert einer langen ersten geistigen Vorarbeit bedurfte,  
um die günstige Luft zu schaffen für das Reifen seines poli-  
tischen Ideen. Aber wir wissen auch, daß schon Charles von  
Billerik für eine deutsch-französische Verständigung und daß  
mit für den Frieden von Europa gewirkt hat und seine  
Überlegenheit über den Rhein zu bauen verstand, daß schon die  
Männer von Schundbierzig die Grenzen hinüber und her-  
über schritten, und selbst ein Mann wie Treitschke eine deutsch-  
französische Verständigung so eifrig ersehnte, wie sie vor dem  
Krieg die Männer unserer Partei zu verwirklichen strebten und  
noch heute für sie gearbeitet wird. Und weil wir das wissen,  
können wir die hohen geistigen Anwartschaften nicht  
übersehen. Anders ist es, wenn ein so anerkannter  
Vertreter der geistigen Welt, wie E. de Monzie, der ehe-  
malige französische Unterrichtsminister und gegenwärtige  
Minister für öffentliche Arbeiten, sich so ernsthaft für eine  
gute Zusammenarbeit der europäischen Nationen ausspricht,  
wie er es anlässlich seines Berliner Besuchs tat, der ja  
vor allem der zeitigen Weltöffentlichkeit dienete, und wie er es  
jetzt wieder in seinen Vorträgen der internationalen Konferenz  
tut, in der er recht warm "einem internationalen Objektivismus",  
einer "Art Unparteilichkeit, die zur Methode der ge-  
bildeten Menschen wird", das Wort redet und für die Idee  
Leon Bourgeois wirbt, der schon im Jahre 1921 dem  
Völkerbunde einen Plan über die Errichtung eines  
internationalen Bureaus für Erziehung  
vorlegte. In diesem Falle spricht der Vertreter einer Nation,  
ein Mann mit politischem Einfluß. Ein Mann, der, wenn  
er schon seine Ideen vertritt, doch um die Schwierigkeiten  
sicherer Verwirklichung weiß. Den Politikern sind sie bekannt.  
Daher äußern sie sich mehr konkret als untergeordnete  
europäische Frage. So warnt in der Weimarer Nummer  
der Frankfurter Zeitung Wolf von Dewall, ein Mann  
mit viel Sinn für die Notwendigkeit in politisch-historischen Ver-  
den, sehr ausdrücklich vor einer Überheblichkeit der pan-  
europäischen Möglichkeiten. "Man hüte sich", so schreibt er  
wörtlich, "hohe Ideale, auf die wirkliche Führer der Völker  
hinzuwirken die Pflicht haben, dadurch zu hohen Schöpf-  
worten werden zu lassen, daß man sie zur Mode macht, daß  
sie als Schmuckstücke der Rhetorik bei jeder Gelegenheit von  
Menschen gebraucht werden, die sich wenig dabei denken und  
die die Geister und Nationen Europas noch immer trennen-  
den Klüfte gar nicht zu erkennen scheinen." A. v. D. ver-  
weist dann auf die bekannten geographischen und politischen  
Schwierigkeiten, die sich einer allzu nahen Verwirklichung  
des paneuropäischen Gedankens entgegenstellen, nämlich,  
auf Deutsche, Franzosen, Engländer und Polen und zugleich  
auf die Schwierigkeit der Verständigung der Völker, ohne jedoch  
den Boden der Wirklichkeit zu verlassen, denn sonst würden die  
Bestrebungen, ein besseres, ein friedlicheres Europa zu schaffen,  
sich unweigerlich ins Uferlose verlieren.

Weniger zurückhaltend sind andre bürgerliche Zei-  
tungen. Die Wiener Neue Freie Presse reagiert eifrig alle  
paneuropäischen Bestrebungen und läßt in ihren Spalten  
die führenden Vertreter der Frage selbst zu Worte kommen.  
So enthält ihre Weimarer Nummer vier sehr lockere Auf-  
sätze zu dem Thema. Joseph Caillaux, der asiatische fran-  
zösische Ministerpräsident und Finanzminister, äußert sich sehr  
positiv über die paneuropäischen Bestrebungen und schlägt  
seiner vor allem finanzpolitischen Ausführungen mit der Be-  
merkung, daß das politische Locarno ein Vorläufer des  
finanzpolitischen Locarno sein müsse, das in einer möglichst  
nahen Zukunft ein wirkliches Locarno zur Höhe haben  
werde. Der Wille zum Leben werde von einer Nation  
zu der anderen auf dem Wege führen, dessen  
Endpunkt die Vereinigten Staaten von  
Europa bilden. Nicht abnehmend über sehr vorzüglich  
schreibt der Berliner Viktor Scheideck "L'Europe à un seul  
peuple". Er unterläßt den "Geist von Locarno" und meint,  
daß dieser nicht etwa den Anbruch der paneuropäischen Ära  
überhaupt bedeute, wohl aber, daß der vor uns liegende

### Arbeitsplan des Reichstages

Am Vorkommendenauschuß wurde der Arbeitsplan für die  
Sitzungen des Reichstags bis 30. April festgelegt. Danach wird  
die Tagungsdauer folgende sein: am 1. und 2. Februar  
Sitzung am 22. bis 27. Februar. Dann folgen zwei  
Sitzungen am 13. und 15. März. Diese jedoch nur unter  
Vorbehalt, daß die Beratung des Haushaltsplans auf 1926  
bis Ende März erledigt werden kann. Darauf folgen die Oster-  
ferien, die von Mitte März bis Mitte April dauern, die  
wöchentlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags. Von da an wird durchgehend bis Ende April.  
Die Sitzungstage — außer den Osterferien — an den Sitzung-  
stagen des Plenums alle Ausschüsse, in denen dringliche und  
bedeutsame Sachen zu beraten und zur Vorlage für die Vollkammern  
zu machen sind. — Im den neuen Haushaltsplan in Angriff  
nehmen zu können, wird die dritte Lesung des Haushalts auf 1926  
bis Ende April, einschließlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags, bis da an wird durchgehend bis Ende April.  
Die Sitzungstage — außer den Osterferien — an den Sitzung-  
stagen des Plenums alle Ausschüsse, in denen dringliche und  
bedeutsame Sachen zu beraten und zur Vorlage für die Vollkammern  
zu machen sind. — Im den neuen Haushaltsplan in Angriff  
nehmen zu können, wird die dritte Lesung des Haushalts auf 1926  
bis Ende April, einschließlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags, bis da an wird durchgehend bis Ende April.  
Die Sitzungstage — außer den Osterferien — an den Sitzung-  
stagen des Plenums alle Ausschüsse, in denen dringliche und  
bedeutsame Sachen zu beraten und zur Vorlage für die Vollkammern  
zu machen sind. — Im den neuen Haushaltsplan in Angriff  
nehmen zu können, wird die dritte Lesung des Haushalts auf 1926  
bis Ende April, einschließlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags, bis da an wird durchgehend bis Ende April.

### Keine Verminderung der Besatzung?

D. Berlin, 22. Januar. (Sig. Funkpruch.) Wie die Vossische  
Zeitung aus London meldet, haben die deutschen Vorstellungen,  
die in London, Paris und Brüssel wegen der Besatzungstruppen  
in der 2. und 3. Rheinlande erhoben worden sind, zu einer Er-  
klärung zwischen den beteiligten Kabinetten geführt.  
Aber die Auffassung in den maßgebenden politischen Kreisen  
von dem, daß der Abzug der Besatzung in der Richtung liegt,  
die für die europäische Politik maßgebend sein muß. Es werde  
aber übereinstimmend von Politikern und Militärs bestritten, daß  
Deutschland die Besatzung erhalten habe, daß die Besatzung auf die  
Stärke zurückzuführen werde, die der deutschen Truppenzahl im  
Rheinland vor dem Kriege entsprechen würde. Gebunden  
halte man sich lediglich an die Besatzung, daß nach Klärung der  
Rheinfrage die Besatzungstruppen in dem weiter bestehenden  
Gebieten nicht größer sei als vor der Klärung. Ein weiteres  
Entgegenkommen gälte für den gegenseitigen Auszug  
der parlamentarischen Stellung Brabant im Interesse der Welt-  
friedenspolitik auf der Basis der Konferenz gegenüber Auslands  
und dem Orient für Orientlicher halten, als eine vorübergehende  
Entlastung der Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit. Der  
nächste größere Schritt auf diesem Gebiete sei erst nach dem Ein-  
tritt Deutschlands in den Völkerbund und als Resultat der  
Durchführung eines großen Abrüstungsprogramms wahrscheinlich.

### Interpellation der Stresemann-Partei

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag eine  
Interpellation eingebracht, die die Regierung fragt, ob sie gewillt  
sei, auf den Widerspruch mit der Note der Vorkonferenz vom  
16. November 1925 hinzuweisen, in der die Verabschiedung der  
Besatzungstruppen auf die annähernd normale Stärke, d. h.  
auf 40 000 bis 50 000 Mann zugesichert ist? Ob die Reichsregierung  
weiter gewillt, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage  
der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den be-  
rechtigten Ansprüchen des Rheinlands und des gesamten deutschen  
Volkes, ebenso aber auch den Abmachungen von Locarno  
entspricht?  
Dieser Interpellation kommt eine besondere Bedeutung da-  
durch zu, daß sie von der Partei des Reichsaussen-  
ministers ausgeht.

### Deutsch-nationale Komödie

D. Berlin, 22. Januar. (Sig. Funkpruch.) Die Deutsch-  
nationalen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wo-  
nach die deutsche Reichsregierung den Antrag auf Eintritt in  
den Völkerbund nicht eher stellen darf, als sämtliche Forderungen  
der Deutschnationalen auf außenpolitischem Gebiete erfüllt  
sind, also Anerkennung des deutschen Standpunktes, kein Verzicht  
auf deutsches Land und deutsches Volk durch den Völkerbund und  
die andern Vertragsstaaten Aufnahme sämtlicher Beschrän-  
kungen der deutschen Luftfahrt nach der Abrüstungskonferenz, nach  
Anerkennung des Widerstands in der Schutzfrage, nach vollständiger  
Vollziehung der Besatzungstruppen.  
Dieser rein agitatorische Antrag der Deutschnationalen stellt  
lediglich einen letzten Versuch dar, den Eintritt Deutschlands in den  
Völkerbund doch noch zu hintertreiben.

### Arbeitsplan des Reichstages

Am Vorkommendenauschuß wurde der Arbeitsplan für die  
Sitzungen des Reichstags bis 30. April festgelegt. Danach wird  
die Tagungsdauer folgende sein: am 1. und 2. Februar  
Sitzung am 22. bis 27. Februar. Dann folgen zwei  
Sitzungen am 13. und 15. März. Diese jedoch nur unter  
Vorbehalt, daß die Beratung des Haushaltsplans auf 1926  
bis Ende März erledigt werden kann. Darauf folgen die Oster-  
ferien, die von Mitte März bis Mitte April dauern, die  
wöchentlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags. Von da an wird durchgehend bis Ende April.  
Die Sitzungstage — außer den Osterferien — an den Sitzung-  
stagen des Plenums alle Ausschüsse, in denen dringliche und  
bedeutsame Sachen zu beraten und zur Vorlage für die Vollkammern  
zu machen sind. — Im den neuen Haushaltsplan in Angriff  
nehmen zu können, wird die dritte Lesung des Haushalts auf 1926  
bis Ende April, einschließlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags, bis da an wird durchgehend bis Ende April.  
Die Sitzungstage — außer den Osterferien — an den Sitzung-  
stagen des Plenums alle Ausschüsse, in denen dringliche und  
bedeutsame Sachen zu beraten und zur Vorlage für die Vollkammern  
zu machen sind. — Im den neuen Haushaltsplan in Angriff  
nehmen zu können, wird die dritte Lesung des Haushalts auf 1926  
bis Ende April, einschließlich der drei hohen Feiertage und eines Sonn-  
tags, bis da an wird durchgehend bis Ende April.

### Keine Verminderung der Besatzung?

D. Berlin, 22. Januar. (Sig. Funkpruch.) Wie die Vossische  
Zeitung aus London meldet, haben die deutschen Vorstellungen,  
die in London, Paris und Brüssel wegen der Besatzungstruppen  
in der 2. und 3. Rheinlande erhoben worden sind, zu einer Er-  
klärung zwischen den beteiligten Kabinetten geführt.  
Aber die Auffassung in den maßgebenden politischen Kreisen  
von dem, daß der Abzug der Besatzung in der Richtung liegt,  
die für die europäische Politik maßgebend sein muß. Es werde  
aber übereinstimmend von Politikern und Militärs bestritten, daß  
Deutschland die Besatzung erhalten habe, daß die Besatzung auf die  
Stärke zurückzuführen werde, die der deutschen Truppenzahl im  
Rheinland vor dem Kriege entsprechen würde. Gebunden  
halte man sich lediglich an die Besatzung, daß nach Klärung der  
Rheinfrage die Besatzungstruppen in dem weiter bestehenden  
Gebieten nicht größer sei als vor der Klärung. Ein weiteres  
Entgegenkommen gälte für den gegenseitigen Auszug  
der parlamentarischen Stellung Brabant im Interesse der Welt-  
friedenspolitik auf der Basis der Konferenz gegenüber Auslands  
und dem Orient für Orientlicher halten, als eine vorübergehende  
Entlastung der Erwartungen der deutschen Öffentlichkeit. Der  
nächste größere Schritt auf diesem Gebiete sei erst nach dem Ein-  
tritt Deutschlands in den Völkerbund und als Resultat der  
Durchführung eines großen Abrüstungsprogramms wahrscheinlich.

### Interpellation der Stresemann-Partei

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag eine  
Interpellation eingebracht, die die Regierung fragt, ob sie gewillt  
sei, auf den Widerspruch mit der Note der Vorkonferenz vom  
16. November 1925 hinzuweisen, in der die Verabschiedung der  
Besatzungstruppen auf die annähernd normale Stärke, d. h.  
auf 40 000 bis 50 000 Mann zugesichert ist? Ob die Reichsregierung  
weiter gewillt, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage  
der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den be-  
rechtigten Ansprüchen des Rheinlands und des gesamten deutschen  
Volkes, ebenso aber auch den Abmachungen von Locarno  
entspricht?  
Dieser Interpellation kommt eine besondere Bedeutung da-  
durch zu, daß sie von der Partei des Reichsaussen-  
ministers ausgeht.

### Deutsch-nationale Komödie

D. Berlin, 22. Januar. (Sig. Funkpruch.) Die Deutsch-  
nationalen haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wo-  
nach die deutsche Reichsregierung den Antrag auf Eintritt in  
den Völkerbund nicht eher stellen darf, als sämtliche Forderungen  
der Deutschnationalen auf außenpolitischem Gebiete erfüllt  
sind, also Anerkennung des deutschen Standpunktes, kein Verzicht  
auf deutsches Land und deutsches Volk durch den Völkerbund und  
die andern Vertragsstaaten Aufnahme sämtlicher Beschrän-  
kungen der deutschen Luftfahrt nach der Abrüstungskonferenz, nach  
Anerkennung des Widerstands in der Schutzfrage, nach vollständiger  
Vollziehung der Besatzungstruppen.  
Dieser rein agitatorische Antrag der Deutschnationalen stellt  
lediglich einen letzten Versuch dar, den Eintritt Deutschlands in den  
Völkerbund doch noch zu hintertreiben.